

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,
dass die Redaktion nicht
verantwortlich ist.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochenenden bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

In den Adressen für Zus. Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Sowjetische, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/8 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,150.

Abonnementpreis viertel 4 1/2, halbjährlich 8 1/2, jährlich 16 1/2, incl. Frangolin 5 Mk. durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 40 Pf.

Inserte 5 Gelp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut Anweisung. Preisberechnung — Tabellarisch. Satz nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Reklamationstempel die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

N^o 249.

Mittwoch den 11. August 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,

- 1) dass alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1879 und Ostern 1880 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassen worden oder von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne das 16. Lebensjahr vollendet zu haben, zu dem Besuche der Fortbildungsschule für Knaben verpflichtet sind;
- 2) dass die Anmeldung derselben, wenn sie im Bezirk der I. Fortbildungsschule wohnhaft sind, bei Herrn Director Dr. Bräutigam, dafern sie sich aber im Bezirk der II. Fortbildungsschule aufhalten, bei Herrn Director Dr. Sidel zu erfolgen hat;
- 3) dass auch diejenigen Knaben anzumelden sind, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der hiesigen Fortbildungsschule entlassen worden zu sein glauben;
- 4) dass hier einziehende Knaben, welche Ostern 1878, 1879 und 1880 aus einer auswärtigen Volksschule entlassen worden sind, ebenfalls zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet sind und sofort, spätestens aber binnen drei Tagen nach dem Einzuge bei dem Director der Fortbildungsschule ihres Bezirks anzumelden sind;
- 5) dass Eltern, Lehrherren, Dienstherrn und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 M., die im Falle der Nichterlegung in Haft umzuwandeln ist, die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben.

Leipzig, am 4. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lehnert.

Bekanntmachung.

Es sind neuerdings in unserer Stadt sogenannte „Gas-Spar-Apparate“ in Gebrauch genommen worden welche daraus beruhen, Gas oder reine atmosphärische Luft mit den Dämpfen sehr leicht flüchtiger Kohlenwasserstoffe zu mischen. Die hierbei verwendbaren flüchtigen Kohlenwasserstoffe sind aber die flüchtigsten und daher feuergefährlichsten Bestandtheile des rohen Petroleum.

Deshalb und weil ferner die Dämpfe dieser Flüssigkeiten, mit der geeigneten Menge Luft gemischt, ein sehr leicht entzündliches und sehr beständig explosives Gemenge bilden, auch bei dem Verbrauche solcher Kohlenwasserstoffe, namentlich beim Nachfüllen derselben, die Bildung explosionsfähiger Gemenge in den Gas-Apparaten unvermeidlich ist, so verbieten wir hiermit die Benutzung der sogenannten Gas-Spar-Apparate, welche mit den vorstehend charakterisirten feuergefährlichen Stoffen (Naphthalin, Gasolin, Petroleumäther, Karbonyl, Aethyl etc.) gefüllt werden, unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 300 M. oder entsprechender Haftstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilsch, Witt.

Bekanntmachung.

Wiederholte Untersuchungen haben ergeben, dass bleierne Wasserleitungsrohre, wenn sie in feuchtem Boden mit Kalk oder Cement in directer Verbindung kommen, hierdurch in kurzer Zeit beschädigt oder gar zerstört werden.

Wir haben daher bereits seit längerer Zeit die Einrichtung getroffen, dass bei der durch uns zu bewirkenden Ausführung der Privatwasserleitungen auf den Straßen bis zur Grenze der damit zu versehenen Grundstücke je nach der Beschaffenheit des Bodens eine besondere Sandbettung für die Bleirohre hergestellt wird.

Da aber die oben erwähnten Beschädigungen der Bleirohre erfahrungsmäßig auch im Innern der Grundstücke vorkommen, so wird den zur Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken berechtigten Gewerbetreibenden hierdurch folgendes vorgeschrieben:

- 1) Auf dem Boden der Baugrube und insbesondere unmittelbar um die einzulegenden Bleirohre dürfen weder Hausmüll noch Kalk- oder Cementabfälle gebracht werden.
- 2) Soweit die Bleirohre in den Boden zu liegen kommen, sind sie mit einer völlig reinen circa 10 Centimeter starken Schicht gewaschenen Bodensand oder Wasserandes zu umgeben.

Rathverhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 75 M. bestraft, auch wird den Betreffenden eventuell die Erlaubnis zur Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen entzogen werden.

Leipzig, den 2. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

In neuester Zeit ist wiederholt von hiesigen Grundstücksbesitzern bez. von Beauftragten solcher die Verletzung der Flurwege und insbesondere die Verlegung der Granittrichterplatten in Angriff genommen worden, ohne dass die hierzu erforderliche Genehmigung von uns eingeholt oder um Angabe der Höhen und Fluchtlinien nachgesehen worden ist.

Wir bringen daher die bestehende Bestimmung in Erinnerung, wonach bei jeder Flurwegveränderung besondere Genehmigung von uns einzuholen und um Angabe der Höhen und Fluchtlinien bei uns nachzusuchen ist, und machen hierdurch bekannt, dass in jedem Unterlassungsfalle der betreffende zuwiderhandelnde Grundstückbesitzer bez. der ausführende Gewerbetreibende mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haftstrafe belegt werden wird.

Leipzig, am 6. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Wangemann.

Parteilage.

Die Bildung einer großen liberalen Partei wird ein Phantom bleiben. Gegenüber den täglich in erneuten Variationen auftauchenden Angaben über Neubildungen innerhalb der liberalen Partei wird jetzt selbst von derjenigen Seite, welche dieses Project zu fördern beabsichtigt ist, mit aller Bestimmtheit versichert, dass von irgend welchen Schritten nach dieser Richtung vor Beginn der parlamentarischen Arbeiten nicht die Rede sein wird, und dass in dieser Beziehung bislang nichts geschehen ist, was über den Meinungsaustausch hervorragender Mitglieder liberaler Fractionen hinausgeht. Dass die Trennung des Abg. Lasker von der nationalliberalen Fraction nicht vereinzelt bleiben wird, dürfte wohl möglich sein, aber auch über den Umfang der Zahl seiner Nachfolger ist z. B. Sicheres nicht anzugeben. Bisher hat man sich auf den verschiedenen Seiten über allerlei Muthmaßungen ziemlich umsonst erhitzt.

Ein großer Theil der fortschrittlichen Zeitungen fährt fort, den rettungslosen Zerfall und Untergang der nationalliberalen Partei ihren Lesern darzulegen. Die Hartnäckigkeit, mit der dies seit Monaten geschieht, mit der aus jedem Zusammentreffen hervorragender Nationalliberaler auf ihren Erholungsreisen eine Verathlung zur Gründung der „Großen liberalen“ oder einer „Neuen Partei“ zwischen der Fortschrittspartei und dem sog. „Rechten Flügel“ der Nationalliberalen gemacht wird, ist der beste Beweis für die Bedeutung unserer Partei, die allein der Kern einer liberalen Parlamentariermehrheit zu werden vermag, weil sie nicht gleich der Fortschrittspartei durch ein zum großen Theil veraltetes Programm beengt ist und andererseits keineswegs ihre Ueberzeugungen für Erlangung von Sondervortheilen im Interesse einzelner Classen oder der katholischen Kirche verkauft, welche in ihrer gegenwärtigen Verfassung neben, ja über dem Staat zu stehen beanspruchen, statt sich, abgesehen von ihrem inneren Leben, den das deutsche Volk und die deutschen Einzelstaaten regelnden Gesetzen zu fügen.

Der von der preussischen Regierung als der Kern des neuesten Kirchengesetzes proclamirten Möglichkeit der Wiederherstellung abgesetzter Bischöfe gegenüber hat die Partei geschlossen die Interessen des Staates gewahrt und wird dies zweifellos auch ferner thun. Nicht der Inhalt der schließlich angenommenen Paragraphen jenes Gesetzes war es, der einen großen Theil der Nationalliberalen veranlasste, gegen dasselbe zu stimmen, sondern der Mangel an Friedfertigkeit seitens der Curie und der Ultramontanen. Wenn bei deren Gefolgschaft kein Umschlag zum Besseren eintritt — und es hat kaum den Anschein — so wird die zunehmende Wehrheit der Nationalliberalen die dem Ministerium ertheilten Vollmachten zweifellos nicht verlängern, wenngleich Herr v. Puttkamer sich nach seinen sehr bedenklichen Äußerungen während der letzten Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus jetzt bemüht, die Waage ohne Härte, aber mit Pövalität zu handhaben.

Ueber die Haltung der nationalliberalen Partei gegenüber der Steuerreformfrage herrscht volle Klarheit. An solchen neuen Böllen und Steuern, deren Unpövalität und drückende Härte die

Erfahrung beweist, werden auch die der neuen Wirtschaftspolitik nicht abgeneigten Parteigenossen so wenig harr festhalten, als Principienreiterei je die Sache der nationalliberalen Partei war. Diefelbe wird die wesentlichen Grundlagen der Reformgesetzgebung seit 1866 gegen reactionäre Angriffe verteidigen, so wenig sie sich der Anerkennung einzelner Mängel verschließt. Bei den einschichtigen Stimmen der fortschrittlichen Presse, die in den 1876 wegen einiger Ausstellungen politischer Natur lebhaft bekämpften Aufzuges selbst ein großartiges Reformwerk anerkennen, wird vielleicht später auch die heutige Haltung der Nationalliberalen in vielen Punkten die gleiche Anerkennung finden, wenn dies auch nicht in der „Berliner Zeitung“ der Fall sein sollte, die sich auch in ihrer Sonntagsnummer mit Erfolg bemüht, wenigstens den Ton der früheren socialdemokratischen Blätter in der Berliner Presse nicht ausstereben zu lassen.

Der bezeichnete Boden bietet ein weites Feld zur gemeinsamen Verteidigung der Reformen seit 1866 gegen den Ansturm der Liberalen und Conservativen; in diesen Fragen giebt es wirklich die große liberale Partei, deren Gestaltung durch unaufhörliche Angriffe in der Art der „Berliner Zeitung“ und das vorzeitige Triumphgeschrei der „Volkzeitung“ sicher nicht gefördert wird.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. August.

Kaiser Wilhelm und der Kaiser-König Franz Josef begreifen sich heute in Jschl. Hier handelt es sich, wie alle Welt mit Verwunderung annehmen darf, weder um den Versuch der Lösung gefährdeter Wirren noch um die heimliche Einleitung bedrohlicher Verwickelungen. Einen persönlichen Freundschaftsbesuch genügt, begab sich Kaiser Wilhelm, um dem Monarchen Oesterreich-Ungarns bei dieser Entzweigung die Unterbrechung des der Erholung gewidmeten Aufenthaltes in Jschl zu ersparen, auf der Rückreise von Gastein nach Jschl. Und so wie beide Kaiser inmitten ihrer Herrscherfragen immer wieder dem Hergensbedürfnisse persönlichen Zusammentreffens Genüge leisten, so ist es auch für ihre Völker inmitten der politischen Wechselstöße ein erfreuliches und beruhigendes Gefühl, sich des innigen Einvernehmens beider Staaten stets bewusst zu bleiben. In diesem Zusammenhang des Einvernehmens zwischen beiden Herrschern und ihren Staaten offenkundig die Ischler Begegnung, so ferne sie auch an sich dem Gewühle der politischen Detailfragen liegen mag, auf's Neue eine Thatsache von wesentlicher und erfreulicher Tragweite. Auch Fürst Milan von Serbien ist am Sonnabend Abend in Jschl eingetroffen, im Hotel zur Kaiserin Elisabeth abgestiegen und beabsichtigt, drei Wochen zum Besuche der Cur dort zu bleiben. Fürst Karol von Rumänien wird heute (Dienstag) Buzarest verlassen, zunächst zu zweitägigem Aufenthalt in Jassy eintreffen und sich dann nach Deserreich begeben. Er wird also den deutschen Kaiser nicht mehr in Jschl antreffen; dagegen begiebt er sich zum Besuche seiner Eltern nach Sigmaringen und wird bei der Rückkehr von dort dem Kaiser Wilhelm einen Besuch

abstatten, auch will er den Manövern des Gardecorps antwohnen, welchem er bis zum Antritt seiner Regierung in Rumänien bekanntlich als Officier des zweiten Garde-Dräger-Regiments angehört hat.

Nachdem jetzt der Flottengründungsplan im Wesentlichen als ausgeführt anzusehen ist, wird der nächstjährige Etat des Reichs verhältnismäßig nur geringe Summen für außerordentliche Aufwendungen zu Gunsten unserer maritimen Ausrüstung fordern. Jadesen erhält sich das Gerücht, dass für Küstenbefestigungen ein größerer Posten eingestellt werden soll. Namentlich ist eine verstärkte Armirung von Pillau zur Deckung Rönigsbergs und eine Befestigung des vorzüglichen Wisnauer Hafens, der durch seine Tiefe den größten Panzerabzügen die Annäherung gestattet, in Aussicht genommen. Wenn in einigen Blättern sich die Nachricht findet, dieser letztere Plan dürste wohl aus Rücksicht auf Schweden nicht zur Ausführung gelangen, welches einen Einspruch dagegen erheben könnte, da nach dem 1803 von diesem Staate mit Mecklenburg abgeschlossenen Vertrage die Stadt im Jahre 1903 immer wieder von ersterem zurückzuwerden werden könnte, so hat das wohl nur ein antiquarisches Interesse und ein solches der Curiosität. Thatsächlich wird Niemand im Ernst daran denken, dass solche pergamentnen Rechte geltend gemacht werden könnten. Es mag interessiren, zu erfahren, dass die letzteren sich aus einem Erbschaftsrecht des Herzogs von Mecklenburg vom Jahre 1803 und aus einem vom 26. Juni desselben Jahres zwischen Mecklenburg und Schweden in Ralmö abgeschlossenen Vertrage herleiten. Kraft dieses Vertrages trat der König von Schweden an den Herzog von Mecklenburg-Schwerin, unter dem Titel einer „Verpändung“ und gegen Erlegung einer Summe von 1,250,000 Hamburger Bankthalern, auf 100 Jahre das Regimentsrecht der Stadt und Herrschaft Wisnau und der Aemter Poel und Realkloster ab. Es ist selbstverständlich, dass dies nichts als eine staatsrechtliche Formalität war, die mit ewiger Ueberlassung gleichbedeutend ist.

Die aus Berlin einlaufenden Nachrichten vom Scheitern des „Deutschen Handwerker-tages“ können alle wahrhaft liberal Gesinnten nur mit Befriedigung erfüllen. Das einseitige Geltendmachen und die Coalition wirtschaftlicher Sonderinteressen im politischen Leben hat hauptsächlich zu den Erfolgen des liberal-conservativen Bündnisses beigetragen. Wenn es auch die Künstler um jeden Preis, welche nicht gesunde Neuorganisationen im gewerblichen Leben auf Grundlage der Freiwilligkeit, sondern die Rückkehr zu den veralteten Zwangsbindungen wollen, nur zu äußerst schwachen Ansätzen einer politischen Handwerkerpartei brachten, unterstützten sie doch an vielen Orten die Vertreter des politischen Rückschritts gegen die liberalen Candidaten. Das tägliche Fiasko der Herren Brandes und Genossen dürfte geeignet sein, auch der Reichsregierung klar zu machen, dass die Wehrheit des Handwerkerstandes mit den bis an die Grenze der Zwangsbindung gehenden Resolutionen des letzten Reichstages keineswegs einverstanden ist und von einer solchen Beglückung nichts wissen will.

Die in der letzten preussischen Landtagssession verheißene Denkschrift über den Nothstand in

Oberschlesien soll zu den ersten Vorlagen der nächsten Session gehören und gleichzeitig Vorschläge zu einer möglichst systematischen Abwehr gleicher Calamitäten enthalten. Ob und in wie weit damit zugleich Vorlagen wegen der projectirten neuen Eisenbahnen in Schlesien erscheinen werden, sieht noch nicht fest. Der augenblickliche Stand der Vorarbeiten in dieser Richtung lässt mindestens zweifelhaft erscheinen, ob die bezüglich der Entwürfe nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt werden erscheinen können. Möglicher Weise wird die preussische Regierung ihre Pläne auch auf jene Districte der Provinz Schlesien ausdehnen haben, welche durch die jüngsten Stürme und Wasserfluthen so schwer heimgesucht worden sind.

Die Verheerungen, welche die Oder in ihrem Oberlauf sowohl in Oberschlesien, als in Oesterreich-Schlesien und Mähren in Folge der in den Westküsten, den Ausläufern der Karpathen, niedergegangenen Wollenerbrüche angerichtet hat, haben die preussische Regierung veranlasst, neuerdings an die österreichische Regierung die Einladung zu richten, wegen Regulirung nicht nur des Oberlaufes der Oder, sondern auch des Oberlaufes der Weichsel, welche auf einer Strecke von etwa acht Meilen zwischen Oberschlesien und Oesterreich-Schlesien die Grenze bildet, in gegenseitige Unterhandlungen einzutreten. Einseitige Regulirungen, namentlich der Oder, würden für Oberschlesien absolut ohne Werth sein. Es ist daher die ernstliche Inangriffnahme der nöthigen Vorarbeiten zu einem wirksamen Schutz gegen die periodisch wiederkehrenden Ueberschwemmungen, auch seitens Preussens erst dann möglich, wenn die Unterhandlungen mit Oesterreich zu einem entsprechenden Uebereinkommen geführt haben werden.

Der zweite Sohn des Reichsfinanzlers, Graf Wilhelm Bismarck, bereist gegenwärtig Ungarn und wird seine Reise auch auf den Orient ausdehnen. Es ist der Wille des Fürsten Bismarck, dass seine Söhne und seine Beamten die verschiedenen Staaten bereisen, um Land und Leute kennen zu lernen. Graf Bismarck wird den ungarischen Fürstentümern seine besondere Aufmerksamkeit schenken und sich namentlich über die Verhältnisse der deutschen Nationalität im Bereiche der St. Stephanskrone zu informiren suchen. In diesem Besuche wird Graf Bismarck auch in Siebenbürgen einige Zeit Aufenthalt nehmen. Thatsache soll es sein, dass man in Berlin den Verhältnissen der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen seit einiger Zeit erhöhte Aufmerksamkeit widmet. Die Verantwortung für diese Nachricht müssen wir dem „R. W. L.“ dem wir das Vorstehende entnehmen, überlassen.

Das deutsche Consulatswesen wird seitens des Bundesrathes einer Reform entgegen geführt werden, welche schon seit längerer Zeit angebahnt ist und hauptsächlich darauf beruhen soll, die Zahl der Verussconsuln so zu vermehren, dass die Wahlconsuln überhaupt nur vereinzelt zur Verwendung kommen. Man hat in dieser Beziehung sich auf die Erfahrung gefügt, dass die Verussconsuln dem Reichsdienste nach verschiedenen Richtungen erhebliche Dienste durch Berichte auch über wissenschaftliche Fragen geleistet haben. Es ist zunächst der Ernennung mehrerer Verussconsuln entgegen zu sehen.